

	173. Vollversammlung der AK Wien vom 12.11.2019
FSG	
Resolution Nr. 4	<i>Bausteine für einen sozial gerechten Wandel</i>
Annahme	Ausschuss EU und Internationales

Die vor dem Hintergrund der Neukonstituierung des Europäischen Parlaments nach den Wahlen im Mai 2019 und des Arbeitsantritts der neuen Europäischen Kommission erstellte Resolution mit ihren fünf zentralen Hauptkapiteln – wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik, gerechte Steuerpolitik, Stärkung der sozialen Dimension, faire Globalisierung sowie Stärkung des Sozialen Dialogs, Ausbau der Demokratie, Bekämpfung der Konzernmacht – enthält eine Fülle von Forderungen und Vorschlägen für eine Neuausrichtung der EU-Politik in zentralen Politikfeldern. Diese waren in den letzten Monaten ein wesentlicher europapolitischer Schwerpunkt der Bundesarbeitskammer und wurden schriftlich (Stellungnahmen, Briefe), mündlich (verschiedene Gremien, parlamentarische Ausschüsse, Treffen mit ExpertInnen der Europäischen Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters, verschiedene Diskussionsveranstaltungen in Wien und in Brüssel) und medial (Pressearbeit, Social Media, Factsheets, A&W-Blog, EU-Infobrief etc) in die Diskussion auf europäischer und nationaler Ebene eingebracht. Die Resolution wurde Mitte Dezember 2019 von der Präsidentin der Bundesarbeitskammer an die neue Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, übermittelt. Wesentliche Teile der Resolution fanden auch Eingang in die umfassenden Stellungnahmen der BAK zu wichtigen Mitteilungen der Europäischen Kommission („Ein sauberer Planet für alle. Eine europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft“, „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030“ sowie „Der europäische Grüne Deal,“). Im Rahmen einer Debatte im EU-Ausschuss des Bundesrats zum „Grünen Deal“ wurde vom AK-Vertreter insbesondere die Notwendigkeit einer massiven Ausweitung der öffentlichen Investitionen, eines wirksamen Just-Transition-Mechanismus und einer grundlegenden sozialen Neuausrichtung der EU-Politik betont. Auch im AK Wohlstandsbericht, der 2019 zum zweiten Mal präsentiert wurde, finden zentrale Aspekte der Resolution ihren Niederschlag. Der AK-Wohlstandsbericht leistet einen Beitrag zur Etablierung einer breiten Messung des Wohlstands in Österreich leisten, unterstützt die Implementierung der Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDGs) und wirbt für die Umsetzung einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik.

Einzelnen Aspekte der Resolution wurden in Veranstaltungen, Studien und Kampagnen vertieft:

Im Rahmen einer von der AK organisierten Diskussionsveranstaltung in Brüssel zum zukünftigen EU-Finanzrahmen im September 2019 wurde ein Fokus auf die Frage der Finanzierung eines gerechten Übergangs zu einem klimaneutralen Europa gelegt.

Anfang Dezember 2019 luden AK, ÖGB und PRO-GE zu einer Veranstaltung zur Zukunft der europäischen Industriepolitik, die im Bildungszentrum der AK Wien stattfand.

Eine gemeinsam mit Gewerkschaften und Zivilgesellschaft organisierte Veranstaltung im Oktober 2019 in Wien setzte sich mit Sonderklagerechten für Konzerne und möglichen Alternativen auseinander.

Eine AK-Studie zum neuen Handelsabkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada (USMCA) befasste sich ua mit der Frage, ob die darin enthaltenen Regeln für einen besseren Schutz für die ArbeitnehmerInnen eine mögliche Vorbildwirkung für die Verankerung von sanktionierbaren Arbeits- und Umweltstandards in EU-Handelsabkommen haben könnten.

Eine in Auftrag der AK Wien erstellte Studie setzte sich mit dem umfangreichen Lobbying von

Plattform-Konzernen wie Uber, Airbnb bei EU-Entscheidungsträgern auseinander und listete entsprechende Gegenmaßnahmen auf. Die Studie stieß medial auf großes Interesse (Der Standard, Eurativ).

Die AK unterstützte eine europaweite Kampagne, die sich zum Ziel setzte, Sonderklagerechte für Konzerne zu beenden und verbindliche Regeln für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten der Unternehmen vertraglich zu verankern. Die Kampagne lief das gesamte Jahr 2019 und wurde von knapp 900.000 Menschen unterzeichnet.